

# Gutes tun und es quantifizieren

Die WU hat im Auftrag der Hilfsorganisation „Menschen für Menschen“ den „Social Return on Investment“ in den Projektgebieten Äthiopiens untersucht: 1 Spenden-Euro bringt 26,60 Euro.

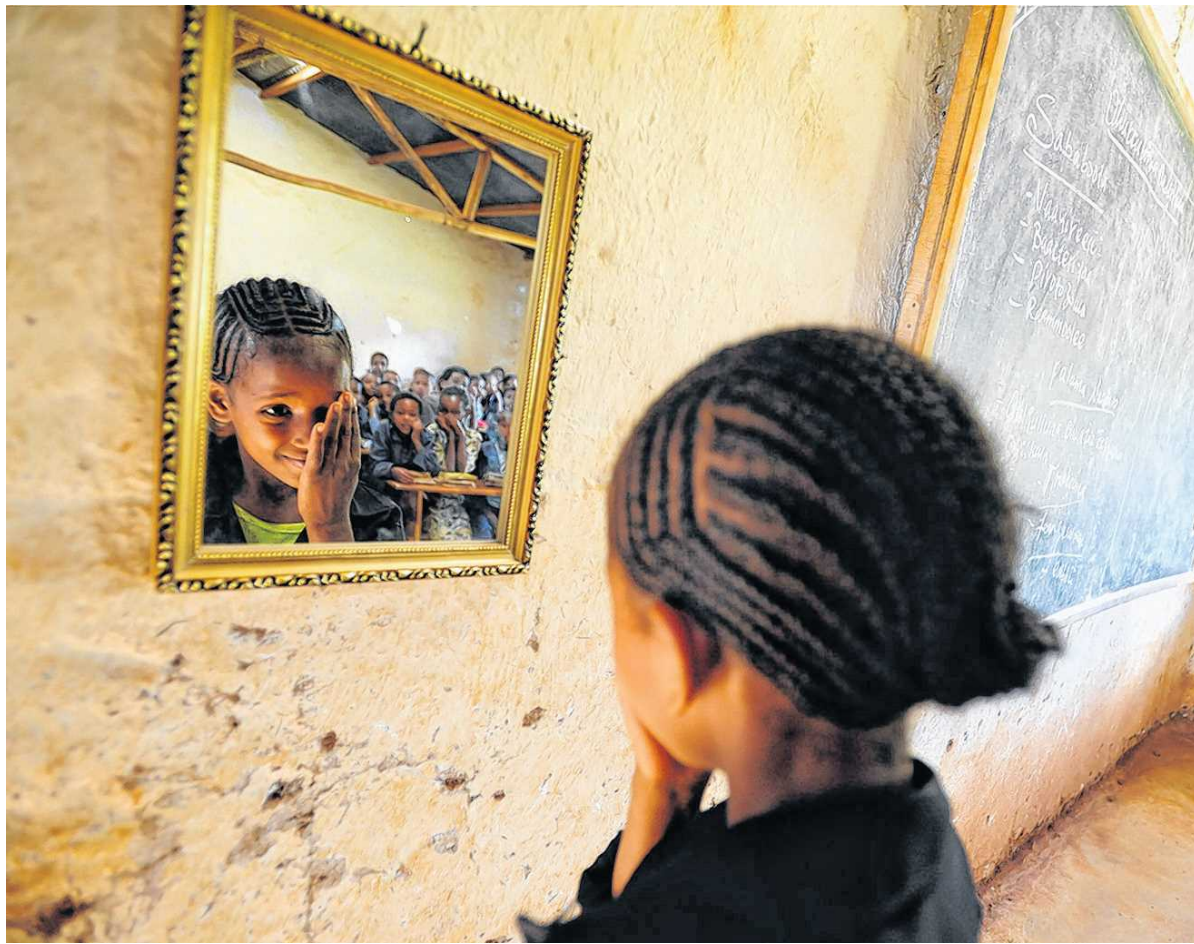
Von Konstanze Walther

**Wien/Addis Abeba.** „Was ist es wert, keine Schmerzen zu haben? Was ist ein Menschenleben wert?“, wirft Christian Schober in die Runde. Diese Fragen klingen nur scheinbar polemisch – sie stammen diesmal aus einem nüchternen betriebswirtschaftlichen Kontext.

Schober ist Leiter des Kompetenzzentrums für Non Profit Organisationen und Social Entrepreneurship an der Wirtschaftsuniversität Wien. Sein Institut hat im Auftrag der Äthiopien-Hilfe „Menschen für Menschen“ den sogenannten „Social Return On Investment“ (SROI) anhand von Frauenprogrammen im Tiefland Ginde Beret, nordwestlich der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba untersucht. Einfach formuliert war die Frage, was bringt ein gespendeter Euro in der Projektregion von „Menschen für Menschen“ (MfM)? Und zwar nicht nur in Hinblick auf rein finanziell messbare Größen – etwa eine gesteigerte Wirtschaftsleistung. Sondern wie wirkt sich der gespendete Euro auf sämtliche gesellschaftlichen Aspekte in der Region aus? „Unsere Gesellschaft will, dass Wirkungen in Geldeinheiten ausgedrückt werden“, diagnostiziert Ökonom Schober. Das heißt: Kausale Erfolge sowie Verhinderungen von Schäden wurden im Fachjargon „monetarisiert“.

Und um diese Aspekte quantifizierbar zu machen, wurde der Nutzen des Frauenförderungsprogrammes von „Menschen für Menschen“ untersucht. Darunter fallen die Auswirkungen von Kursen in der Landwirtschaft genauso wie in Hygienefragen, die Mikrokredit-Vergabe und Aufklärungsarbeiten (um beispielsweise gefährliche Traditionen wie Kinderheirat und Beschneidungen von Mädchen zu verhindern).

Olivia Rauscher hat die Wirkung von Frauenprojekten in der MfM-Projektregion in einem Zeitraum von drei Jahren evaluiert. Sie kam mit Co-Autor Schober zum Ergebnis, dass jeder Spenden-Euro, der in das Frauenpro-



„Die kleinsten Verbesserungen haben in Äthiopien enorme Auswirkungen.“ Hygienekurse helfen dabei, Krankheiten zu verhindern. Ein Mädchen prüft mithilfe eines Spiegels die Sauberkeit der Augenpartie, um das Trachom, eine Bindehautentzündung, die zu Blindheit führen kann, zu vermeiden. Foto: mfm

gramm geflossen ist, der Gesellschaft einen „Social Return on Investment“ von 26,60 Euro bringt.

## „Es geht um mehr als das kleine Einzelprojekt“

Das entspricht einer Rendite von 2660 Prozent. Klingt nach viel, ist es auch. „Der Wert ist ausgesprochen hoch“, sagt Rauscher. Aber, erklärt die Ökonomin, man müsse bedenken, dass in Entwicklungsländern wie Äthiopien die kleinsten Verbesserungen enorme Auswirkungen haben können. Je ärmer die Region ist, in die Spenden investiert werden, desto größer ist der gesamtgesellschaftliche Effekt. „Wir haben auch extrem konservativ gerechnet und eher untertrieben“, erklärt Rauscher bei der Präsentation der Studie am Dienstag in Wien. Man wolle sich nicht angreifbar machen. Auch sogenanntes „Dead Weight“ habe

man versucht herauszurechnen: Also positive Entwicklungen, die ohne Zutun von MfM von statten gegangen sind.

Ein anderer Grund, weshalb die Zahl so hoch wirkt, ist vielleicht, dass sie so ungewohnt ist. Denn die von der WU vorgestellte Arbeit betritt in gewisser Weise Neuland: Es gibt zwar genug Untersuchungen, die sich mit dem „Social Return on Investment“ in der westlichen Hemisphäre beschäftigen, aber kaum eine Studie über den SROI bei Entwicklungszusammenarbeit.

Wie kam nun die Studie auf die geldgleiche Wirkung von 26,60 Euro pro Euro? Für die Berechnung musste man oft Hilfskonstruktionen verwenden. Etwa: Wie viel würde eine chirurgische Rekonstruktion beschnittener Genitalien kosten? Oder: Ein in Äthiopien üblicherweise verwendeter

Herd mit offenem Feuer fügt den Frauen regelmäßig starke Verbrennungen zu. Wie viel kostet ein Krankenhausaufenthalt? Wie hoch würde man das Schmerzgeld ansetzen? Wie viel kosten die Magen-Darm-Krankheiten durch verschmutztes Trinkwasser? Welche Ausgaben erspart sich eine Frau, wenn sie Gemüse in ihrem neuen Hausgarten zieht?

„Die Analyse gibt uns die Möglichkeit, Spenden in einem Wert darzustellen, der unterstreicht, dass es dabei nicht nur um das kleine Einzelprojekt geht“, erklärt Rupert Weber, Geschäftsführer von MfM Österreich. „Entwicklungszusammenarbeit ist ein wichtiges Mittel, um Fluchtbewegungen zu verhindern“, erinnert Weber. Menschen, die in ihrer Heimat eine Perspektive auf ein besseres Leben bekommen, bleiben in ihrer Region. ■

## EU-Kommission will ohne Parlamente Ceta durchsetzen

Von Alexander U. Mathé

**Brüssel.** Ist es ein gefinkeltes Ablenkungsmanöver oder will die EU-Kommission tatsächlich das Freihandelsabkommen mit Kanada (Ceta) unter Ausschluss der nationalen Parlamente durchbohren? Schon vor zwei Wochen wurde aus dem Umfeld von EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström bekannt, dass man Ceta nicht als sogenanntes gemischtes Abkommen erachte, sondern als reines EU-Abkommen einstufe. Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker bestätigte nun diese Ansicht am Dienstag beim EU-Gipfel in Brüssel offiziell.

Für den österreichischen Abgeordneten der Grünen im Europaparlament, Michel Reimon, könnte es sich bei diesem Vorstoß jedoch um ein Ablenkungsmanöver handeln. Naturgemäß würden die europäischen Regierungen um ein gemischtes Abkommen kämpfen. Auch wenn sie dabei – wie Reimon erwartet – obsiegen, könnte der Kampf lediglich als Nebelgranate gedient haben, um etwas anderes zu verdecken: ein mögliches vorgezogenes Inkrafttreten des Abkommens. Sollte das Europaparlament diesem zustimmen, würde der europäische Teil des Abkommens sogleich und mit umstrittenen Passagen wie dem Investitionsschutz angewendet werden. Bereits im Herbst könnte es soweit sein.

Österreichs Bundeskanzler Christian Kern hat sich nach Angaben von Diplomaten beim EU-Gipfel jedenfalls für eine Ratifizierung des EU-Kanada-Handelsabkommens durch die nationalen Parlamente ausgesprochen. Auch Vizekanzler Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner erklärte: „Ohne Einbindung der nationalen Parlamente wird es keine Zustimmung der österreichischen Bundesregierung geben.“

Der ÖVP-Delegationsleiter im Europaparlament, Othmar Karas, wiederum findet „die Beteiligung der nationalen Parlamente nicht zwingend notwendig“. Allerdings ist die Frage, ob es sich um ein gemischtes Abkommen handelt, für ihn keine politische, sondern eine rein juristische. ■

## Frontex schlägt wegen Routenverlagerungen Alarm

EU-Grenzschutzagentur erwartet viel mehr Bootsflüchtlinge im zentralen Mittelmeer durch EU-Türkei-Flüchtlingspakt.

**Rom/Wien.** (af) Die EU-Grenzschutzagentur Frontex warnt vor neuen Flüchtlingsströmen in die EU: Durch den türkisch-europäischen Flüchtlingspakt könnten mehr Menschen die lebensgefährliche Überfahrt über das zentrale Mittelmeer in Anspruch zu nehmen. „Mittlerweile kommen aus Libyen 13- bis 14-mal mehr Flüchtlinge nach Italien als Migranten aus der Türkei nach Griechenland“, warnte Frontex-Chef Fabrice Leggeri am Dienstag. „Die zentrale Mittelmeerroute ist so stark frequentiert wie noch nie.“

Außerdem würde die Zahl illegaler Grenzübertritte zwischen Libyen und Italien 2016 jener aller anderen illegalen Grenzübertritte in die EU übersteigen, ergänzte er. „Wenn die Migrationsströme aus Westafrika in Richtung Libyen anhalten, dann müs-

sen wir mit etwa 300.000 Zuwanderern rechnen, die in diesem Jahr aus Westafrika in die nördlichen Maghreb-Staaten fliehen, um dann weiter nach Europa zu reisen“, gab Leggeri zu bedenken. Nach wie vor nicht vorhersehbar sei, wie viele von ihnen dieses Jahr noch die Überfahrt per Boot

wagen würden. Besorgt zeigte sich Leggeri auch über das traurige Faktum, dass Ägypten offensichtlich ein „neuer Hotspot“ sei. Das Land am Nil entwickle sich zu einem begehrten Durchfahrtsziel und die Route wachse. „Die Überfahrt ist hochgefährlich, die Fahrt dauert oft länger als zehn



Nach dem türkisch-europäischen Flüchtlingspakt wird ein rasanter Anstieg von Bootsflüchtlingen erwartet. Foto: apa/afp/ho

Tag.“ Bisher sind 2016 etwa 1000 Überfahrten per Schlepperboot aus Ägypten nach Italien registriert worden, Tendenz steigend. Die Flüchtlinge, die von Nordafrika nach Europa gelangen, stammen aus Westafrika und vom Horn von Afrika, sagte Leggeri. „In Eritrea gibt es Verfolgung und eine brutale Diktatur. Diese Menschen sind schutzbedürftig. Aus Senegal, Gambia, Elfenbeinküste und Niger fliehen viele aus wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit.“

Besonderes Lob bekam von Leggeri die Idee der EU-Kommission, Flüchtlingen aus Krisenregionen mehr Möglichkeiten zur legalen Einreise in die EU zu geben. Diese Forderung sei richtig, „nicht nur zum Schutz der Migranten, sondern auch, um die Einreise von Terroristen und Kriminellen“ zu verhindern. Denkbar seien etwa „hu-

manitäre Sonderflüge aus den Flüchtlingscamps im Libanon, Türkei oder Jordanien“ in Richtung EU. 2015 hatten viele Flüchtlinge noch versucht, über die Türkei nach Griechenland und von dort aus weiter nach Mitteleuropa zu gelangen. Durch die Abriegelung der Balkanroute und das Flüchtlingsabkommen zwischen der EU und der Türkei sind die Flüchtlingszahlen dort in jüngster Zeit drastisch gesunken. Tausende Flüchtlinge kamen in diesem Jahr bei der Fahrt über das Mittelmeer bereits ums Leben.

Ende vergangener Woche sind bei einer Rettungsaktion unter Beteiligung eines Schiffs der deutschen Bundeswehr 1286 Flüchtlinge in Seenot gerettet worden. Die Migranten, 990 Männer, 220 Frauen und 76 Kinder, wurden nach Italien gebracht und den Behörden übergeben. ■